

Inhaltsverzeichnis

Geleitwort des Herausgebers	9
Abkürzungsverzeichnis	31
Einleitung	39
Erstes Kapitel: Entwicklung des Internationalen Insolvenzrechts in Europa	43
A. Heutige Bedeutung des Internationalen Insolvenzrechts	43
B. Historische Entwicklung des Internationalen Insolvenzrechts in Europa	44
I. Entwicklungsschritte bis zur Europäischen Insolvenzverordnung 2002	44
II. Reformprozess	48
III. Ergänzende Regelungen in Deutschland	51
IV. Parallelle Entwicklungen	52
Zweites Kapitel: Das Phänomen des insolvenzbezogenen <i>forum shopping</i>	57
A. Der Begriff des <i>forum shopping</i> im Internationalen Insolvenzrecht	57
B. Erscheinungsformen des <i>forum shopping</i> unter der EuInsVO 2000	60
I. Tatsächliche Verlagerung der zuständigkeitsrelevanten Umstände	60
II. Ausnutzung der Offenheit des COMI-Begriffs	63
III. Betrügerische Manipulierung der Eröffnungsentscheidung	64
1. Ausnutzung der Vermutungsregelung für juristische Personen	65
2. Simulation anhand einer Minimalverlagerung	66
3. Problem der Abgrenzung zwischen Fällen der tatsächlichen und simulierten Verlagerung	67

13

Inhaltsverzeichnis

IV. Scheme of Arrangement	70
C. Grundsätzliche Haltung der EuInsVO gegenüber forum shopping	70
D. Mögliche Anreize und negative Effekte des insolvenzbezogenen forum shopping	74
I. Anreizsituation für insolvenzbezogenes <i>forum shopping</i>	74
II. Mögliche negative Effekte von insolvenzbezogenem <i>forum shopping</i>	77
E. Forum shopping und der Wettbewerb der Rechtsordnungen	79
 Drittes Kapitel: Grundprinzipien der EuInsVO	 83
A. Anwendungsbereich der EuInsVO	83
I. Reform des sachlichen Anwendungsbereichs	85
II. Konstitutive Wirkung der Anhänge	88
B. Einheitsprinzip und Modell der „eingeschränkten Universalität“	91
C. Anerkennungsgrundsatz und Prioritätsprinzip	93
I. Grundsatz der automatischen Anerkennung	93
II. Ausschluss der Zuständigkeitsüberprüfung in Anerkennungsstaaten	95
III. Prioritätsprinzip als Folge des Anerkennungsgrundsatzes	97
D. Die Bedeutung der Erwägungsgründe in der EuInsVO	99
 Viertes Kapitel: Die Bestimmung der internationalen Zuständigkeit	 105
A. Bestimmung der internationalen Zuständigkeit unter der EuInsVO 2000	108
I. Entwicklung der widerstreitenden Auslegungsansätze	110
1. „ <i>Mind of management</i> “-Theorie	113
2. „ <i>Business Activity</i> “-Theorie	115
3. „ <i>Head Office Functions</i> “-Theorie	117
II. Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs	118
1. Die Rechtssache „ <i>Eurofood</i> “	119
a) Vorlagefragen & Entscheidungsgrundung	119
b) Auswertung	121
2. Die Rechtssache „ <i>Interedil</i> “	124
a) Vorlagefragen & Entscheidungsgrundung	124

b) Auswertung	127
aa) Ausführungen bezüglich des Feststellbarkeitskriteriums	127
bb) Ausführungen bezüglich der den COMI konstituierenden Elemente	131
cc) Ausführungen bezüglich des für den COMI maßgeblichen Bestimmungszeitpunkts	139
3. Die Rechtssache „ <i>Rastelli</i> “	141
4. Die Rechtssache „ <i>Leonmobili</i> “	144
5. Ergebnis zur Rechtsprechung des EuGH	145
B. Bestimmung der internationalen Zuständigkeit unter der Neufassung	146
I. COMI-Definition in Art. 3 Abs. 1 Unterabs. 1 S. 2 EuInsVO	146
II. Vermutung zugunsten des Satzungssitzes juristischer Personen	147
1. Auswirkungen der Vermutungsregel auf die Beweislast	148
2. Bedeutung für die inhaltliche Bestimmung des COMI	149
3. Erforderliche Neubewertung aufgrund der Entwicklungen im europäischen Gesellschaftsrecht	150
a) Rechtsprechungsentwicklung zur Niederlassungsfreiheit von Gesellschaften	151
b) Richtlinie über grenzüberschreitende Formwechsel, Verschmelzungen und Spaltungen	155
c) Folgen der Entwicklungen für die Bedeutung der Vermutungsregelung	158
III. Regelungen bezüglich des COMI natürlicher Personen	162
1. Der Begriff der Hauptniederlassung	163
2. Der Begriff des gewöhnlichen Aufenthalts	164
a) Erfordernis und Ausmaß eines insolvenzspezifischen Begriffsverständnisses	165
b) Begriffskern in der Rechtsprechung des BGH und EuGH	169
aa) Entscheidung des BGH vom 02.03.2017	170
bb) Rechtsprechung des EuGH	171
cc) Zwischenergebnis zur Rechtsprechung	173

Inhaltsverzeichnis

c) Bedingungen des Aufenthaltswechsels als Rahmenvoraussetzungen des Insolvenztourismus	174
aa) Bedeutung der Aufenthaltsdauer, der tatsächlichen Integration und des Bleibewillens bei einer Verlagerung des gewöhnlichen Aufenthalts	175
bb) Erfordernis der Manifestierung des <i>animus manendi</i>	178
cc) Trägheitsprinzip in der Übergangsphase eines Verweilortswechsels	181
3. Ausgestaltung der Vorschriften für natürliche Personen als Vermutungsregelungen	183
a) Divergierende Regelungswirkungen trotz einheitlicher Regelungsstruktur	183
b) Anwendung als „Definition“ für den Regelfall	186
aa) Widerlegung der Vermutungen aufgrund eines andernorts belegenen insolvenzspezifischen Gravitationszentrums	187
bb) Widerlegung aufgrund illegitimer Verlagerungsumstände	190
c) Zwischenergebnis	191
IV. Sperrfristen zur Aussetzung der Vermutungsregelungen	191
1. Prüfung von Amts wegen gemäß Art. 4 Abs. 1 S. 1 EuInsVO	192
a) Historische Einordnung der Amtsprüfungspflicht	193
b) Umfang der gerichtlichen Prüfungspflicht	195
2. Rechtsfolgen der Aussetzung der Vermutungsregelungen in den Übergangszeiträumen	198
a) Entscheidung des Verordnungsgebers gegen starre Mindestaufenthaltsfristen	199
b) Auswirkungen auf den verfahrensrechtlichen Ablauf der Zuständigkeitsprüfung	201
aa) Vergleich zum Prüfungsablauf bei Eingreifen der Vermutungsregelungen	202
bb) Steigerung der Amtsprüfungs- zur Amtsermittlungspflicht bei einer Verlagerung im Sperrzeitraum	204

cc) Veränderung der Beweislast und Wirkung in <i>non liquet</i> -Situationen	206
dd) Zwischenergebnis	209
c) Bestimmung der Geltungsdauer der Sperrfristen	210
3. Bewertung des Zusammenspiels zwischen der Amtsprüfungspflicht und den Sperrfristtatbeständen	211
a) Bewertung im Hinblick auf natürliche Personen	211
b) Bewertung im Hinblick auf juristische Personen	214
aa) Kein Eingreifen der Sperrfrist bei einer COMI- Verlagerung ohne Satzungssitzverlegung	214
bb) Bedürfnis einer steten Amtsermittlungspflicht im Rahmen von grenzüberschreitenden Insolvenzverfahren juristischer Personen	214
(1) Unzureichender Verweis auf „Zweifelsfälle“	216
(2) Unzureichender Ausgleich durch mögliche Ex-Post-Kontrolle	217
(3) Unzureichende Begrenzung auf Verlagerungsfälle	220
(4) Zusammenfassung	220
V. Begründungspflicht der Gerichte aus Art. 4 Abs. 1 S. 2 EuInsVO	222
1. Umfang der Begründungspflicht	222
2. Folgen einer Verletzung der Begründungspflicht	226
VI. Rechtsbehelf zur gerichtlichen Nachprüfung der Eröffnungsentscheidung	227
1. Historische Einordnung	227
2. Ausgestaltung des Rechtsbehelfs	228
VII. Erwägungsgrund (28) EuInsVO und die Ausgestaltung des Feststellbarkeitskriteriums	231
1. Die Ungenauigkeit des Wortlauts von Erwägungsgrund (28) EuInsVO	232
2. Bedeutung des Erwägungsgrundes für das Feststellbarkeitskriterium	234
3. Bedeutung des Feststellbarkeitskriteriums für eine einheitliche Anwendung des COMI-Begriffs	235
4. Beurteilungsmaßstab der Feststellbarkeit	236
a) Ermöglichung der Insolvenzantragstellung am tatsächlich zuständigen Gericht	236

Inhaltsverzeichnis

b) Schutz potentiell kreditierender Gläubiger zur Förderung des Binnenmarktziels	238
aa) Bedeutung der Risikokalkulation trotz veränderlicher Ausgestaltung des COMI-Kriteriums	239
bb) Kein Erfordernis einer leichten Erkennbarkeit zur Wahrung der Gläubigergleichbehandlung	242
cc) Maßgeblichkeit der abstrakten Erkennbarkeit im Einzelfall	244
dd) Zusammenfassung	245
c) Das Erkennbarkeitskriterium als Schutz gegenüber <i>forum shopping</i>	245
VIII. Erwägungsgrund (30) S. 2 EuInsVO	246
1. Anpassungen des Wortlauts im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens und ihre Bedeutung für das Verständnis des Erwägungsgrundes	247
2. Perpetuierung der Rechtsunsicherheit durch den Erwägungsgrund	250
C. Plädoyer für eine allein an die Hauptverwaltung anknüpfende Zuständigkeitsbestimmung für juristische Personen	252
I. Ausfüllung des Begriffs der Hauptverwaltung	253
II. Vor- und Nachteile einer alleinigen Maßgeblichkeit des Ortes der Hauptverwaltung	257
1. Insolvenzspezifische Sachnähe des Eröffnungsgerichtsstands	257
a) Abrücken vom Strukturprinzip der engsten Verbindung	257
b) Auswirkungen auf die Vermögensverwertung und die Gefahr vermehrter Sekundärverfahren	259
c) Auswirkungen auf die Gläubigerbeteiligung	261
2. Erkennbarkeit des Eröffnungsortes	267
3. Auseinanderfallen von Insolvenz- und Gesellschaftsstatut	269
4. Erleichterung von <i>forum shopping</i>	270

5. Anpassung an die (rechtspolitischen) Entwicklungen im Insolvenzrecht	271
a) Ziele des Insolvenzrechts und Entwicklung einer Sanierungskultur	271
aa) Entwicklungen auf mitgliedstaatlicher Ebene	271
bb) Entwicklungen auf europäischer Ebene	274
b) Folgen des Paradigmenwechsels für die Verortung der Verfahrenszuständigkeit	276
6. Konzernkonstellationen	279
III. Zusammenfassung	281
Fünftes Kapitel: Das <i>forum shopping</i> natürlicher Personen unter der reformierten EuInsVO	287
A. Die Problematik des Insolvenztourismus	287
B. Das unterschiedliche Schuldbefreiungsrecht der Mitgliedstaaten als Dreh- und Angelpunkt des Insolvenztourismus	289
I. Grundlegendes zur Restschuldbefreiung	289
1. Gründe für die Etablierung einer Restschuldbefreiungsoption	290
2. Regelungsunterschiede zwischen den Mitgliedstaaten	293
II. Die Regelungen zur Restschuldbefreiung in Deutschland und ihre Entwicklung	295
1. Gesetz zur Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens und zur Stärkung der Gläubigerrechte	298
2. Evaluation der Reform von 2014	299
III. Regelungsstand in den Mitgliedstaaten – Frankreich und England als attraktivste Ziele unter der EuInsVO 2000	301
1. Elsass-Moselle als primäres Ziel deutscher Schuldner Mitte der 2000er Jahre	301
2. England als fortwährendes Ziel Nr. 1	303
a) Grundzüge der englischen <i>discharge</i> -Regelungen	305
aa) Automatischer Eintritt der Schuldbefreiung binnen Jahresfrist	306
bb) Einzelfallbezogene Pfändung künftigen Arbeitseinkommens	307

Inhaltsverzeichnis

cc) Differenzierung zwischen <i>culpable</i> und <i>non culpable bankrupts</i>	308
dd) Zusammenfassung der Vorzüge der <i>discharge</i> aus Schuldnersicht	309
b) Entwicklung der zuständigkeitsbezogenen Ermittlungstätigkeit im <i>bankruptcy</i> -Verfahren	310
aa) Veränderte Praxis der Insolvenzgerichte	310
bb) Zweitkontrolle durch <i>official receiver</i>	312
cc) Reform des Verfahrens zur Stellung und Prüfung eines <i>bankruptcy</i> Antrags im Jahr 2016	312
dd) Ergebnis zur Ermittlungspraxis in England	314
c) Auswirkungen des „ <i>Brexit</i> “ auf England als Destination des Restschuldbefreiungstourismus	315
aa) Maßgebliche Regelungen aus englischer Perspektive	315
bb) Anerkennung englischer Insolvenzverfahren in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union nach Ablauf der Übergangsperiode	318
3. Irland und Lettland als mögliche Alternativziele nach dem <i>Brexit</i>	324
a) Irland	325
b) Lettland	327
IV. Harmonisierung der Restschuldbefreiungsregelungen auf europäischer Ebene	329
1. Regelungsmodell der Richtlinie	330
2. Persönlicher Anwendungsbereich des Richtlinienvorschlags	333
3. Umsetzung in Deutschland	334
4. Das Richtlinienmodell im Vergleich zu den englischen, irischen und lettischen Entschuldungsverfahren	337
5. Voraussichtliche Auswirkungen der Richtlinie auf das Phänomen des Insolvenztourismus	338
a) Auswirkungen auf das <i>forum shopping</i> von Unternehmern	338
b) Auswirkungen auf das <i>forum shopping</i> von Verbrauchern	339

C. Umsetzbarkeit des <i>forum shopping</i> natürlicher Personen unter der Neufassung der EuInsVO	340
I. <i>COMI</i> -Verlagerung einer natürlichen Person, die eine selbständige gewerbliche oder freiberufliche Tätigkeit ausübt	340
II. <i>COMI</i> -Verlagerung einer sonstigen natürlichen Person	342
1. Freie Wahl des Lebensmittelpunktes	343
2. Aufwand der Verlagerung des gewöhnlichen Aufenthaltes als Hürde des Insolvenztourismus	343
3. Gesteigerte Wirkung als „Hürde“ unter der Neufassung	345
a) Verändertes Begriffsverständnis des gewöhnlichen Aufenthalts	346
b) Gesteigerte Sensibilisierung und Ermittlungspraxis in den EU-Mitgliedstaaten	346
c) Bedeutung für das Phänomen des Insolvenztourismus unter der Neufassung	347
4. Erschwerung des <i>forum shopping</i> durch die Stärkung der Vermögensbezogenheit des <i>COMI</i> -Begriffs	348
D. Erwägungsgrund (30) S. 3 Var. 2 EuInsVO als Ausformung einer Rechtsmissbrauchskontrolle	349
I. Abgrenzung von Simulationsfällen	350
II. Meinungsstand unter der Altfassung zur Möglichkeit einer ergänzenden Korrektur der Zuständigkeitsbestimmung durch den Einwand des Rechtsmissbrauchs	351
1. Unbeachtlichkeit einer den Zielen der Verordnung widersprechenden <i>COMI</i> -Verlagerung	353
2. Unanwendbarkeit der Rechtsmissbrauchskontrolle auf Fälle der tatsächlichen <i>COMI</i> -Verlagerung	357
III. Entscheidung des Verordnungsgebers gegen die herrschende Meinung	358
1. Kriterien des Erwägungsgrundes (30) S. 3 Var. 2 EuInsVO	360
a) Insolvenzdurchführung als Hauptgrund der Verlagerung	360
b) Wesentliche Beeinträchtigung der Altgläubiger	361
2. Unanwendbarkeit im Zeitpunkt der ursprünglichen Zuständigkeitsverortung	363

Inhaltsverzeichnis

3. Bedeutung des Erwägungsgrundes für eine nachträgliche Korrektur der Zuständigkeitsentscheidung bei erfolgter Rückkehr des Schuldners	366
a) Vereinbarkeit mit der <i>perpetuatio fori</i> und dem Erkennbarkeitserfordernis des COMI	367
b) Möglichkeiten einer nachträglichen Korrektur der ursprünglichen Zuständigkeitsentscheidung	369
c) Praktische Hürden einer nachträglichen Überprüfung im Verfahrensstaat	370
aa) Zuvor erfolgter Ablauf der Rechtsbehelfsfristen	371
bb) Verteilung der Beweislast	373
cc) Folgen einer „erfolgreichen“ nachträglichen Überprüfung	377
IV. Zusammenfassung	378
E. Die Verweigerung der Anerkennung einer ausländischen Restschuldbefreiung unter Heranziehung des <i>ordre public</i> -Vorbehalts	379
I. Inhalt und Grenzen des <i>ordre public</i>	381
II. Grundsatz der restriktiven Anwendung des <i>ordre public</i> -Vorbehalts im Rahmen der EuInsVO	382
III. Diskutierte Fallgruppen eines <i>ordre public</i> -Verstoßens im Zusammenhang mit insolvenzbezogenem <i>forum shopping</i>	384
1. Materiell-rechtliche Unterschiede zwischen den mitgliedstaatlichen Schuldbefreiungsregelungen	384
2. Mögliche Verstöße gegen den verfahrensrechtlichen <i>ordre public</i> im Zusammenhang mit insolvenzbezogenem <i>forum shopping</i>	387
a) Fehlerhafte Zuständigkeitsentscheidung ohne nachgewiesene Täuschung durch den Antragsteller	388
b) Fehlerhafte Zuständigkeitsentscheidung aufgrund einer vorsätzlichen Täuschung durch den Antragsteller	390
c) Fälle des Erwägungsgrundes (30) S. 3 Var. 2 EuInsVO	395
d) Versagung des rechtlichen Gehörs	396

e) Sonderproblem der fehlenden (rechtzeitigen) Kenntnisnahme durch die Gläubiger	397
aa) Mögliche Ursachen für eine Kenntnisnahme nach Fristablauf	398
bb) Schutz uninformierter Gläubiger durch Art. 24 Abs. 4 Unterabs. 2 EuInsVO	399
cc) Vorrang einer Schadloshaltung über Staatshaftungs- und Schadensersatzansprüche	401
dd) Fälle des Erwägungsgrundes (30) S. 3 Var. 2 EuInsVO	406
IV. Ausschluss der Anwendbarkeit prozessbetrugsbezogener Schadensersatzansprüche	407
F. Die (untergeordnete) Rolle von Sekundärinsolvenzverfahren im Rahmen von <i>forum shopping</i> -Bestrebungen natürlicher Personen	408
Sechstes Kapitel: Das <i>forum shopping</i> juristischer Personen unter der reformierten EuInsVO	413
A. Die Anreizsituation für das <i>forum shopping</i> juristischer Personen	413
I. Die Unterschiede der mitgliedstaatlichen Insolvenzrechte im Hinblick auf die Insolvenz juristischer Personen	413
1. <i>Doing Business Report</i>	415
2. Divergierende Einzelaspekte der mitgliedstaatlichen Insolvenzrechte	417
a) Geschäftsleiterhaftung und Berufsverbote	417
aa) Divergierende Haftungsregime	417
bb) Divergierende Berufsverbotsregelungen	420
b) Divergierende Rang- und Privilegienordnungen	420
aa) Arbeitnehmerprivilegien	421
bb) Fiskus- und Sozialversicherungsprivilegien	422
cc) Gesellschafterdarlehen	422
c) Divergierende Insolvenzanfechtungsregelungen	423
d) Verfahrensbeteiligung der Gläubiger	424
aa) Verbesserung der Beteiligungsmöglichkeiten ausländischer Gläubiger durch die Verordnungsreform	424
bb) Möglichkeit der Einflussnahme auf die Verwalterbestellung	424

Inhaltsverzeichnis

e) Divergierende Sanierungs- und Restrukturierungsmöglichkeiten	427
3. Zusammenfassung	429
4. Harmonisierung durch die Richtlinie über präventive Restrukturierungsrahmen	429
a) Inhalt und Umsetzungsspielräume der Richtlinie	430
b) Verhältnis der Richtlinie zum Anwendungsbereich der EuInsVO	432
5. Richtlinie zur Harmonisierung bestimmter Aspekte des Insolvenzrechts	434
6. Auswirkungen des „Brexit“ auf England als Destination des <i>forum shopping</i> von Gesellschaften	436
a) Maßgebliche Regelungen aus englischer Perspektive	436
b) Anerkennung englischer Insolvenzverfahren in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union nach Ablauf der Übergangsperiode	438
c) Künftige Hemmnisse eines <i>forum shopping</i> nach England	439
II. Tatsächliche Realisierbarkeit der Vermeidung insolvenzbezogener Haftung durch <i>forum shopping</i>	441
1. Beeinflussung des zur Anwendung kommenden Haftungsregimes vor Erfüllung eines Haftungstatbestandes	442
a) „H/H.K“-Urteil des EuGH	444
b) „Kornhaas“-Urteil des EuGH	446
aa) Entscheidungsbegründung	446
bb) Folgen für die künftige Qualifikation insolvenznaher Haftungsinstrumente	447
(1) Maßgebliche Qualifikationskriterien	448
(2) Unabhängigkeit der Qualifikation von der tatsächlichen Verfahrenseröffnung	449
(3) Analoge Anwendung des Art. 7 EuInsVO im Vorfeld des Insolvenzverfahrens	450
(4) Folgen für die Qualifikation zentraler Vorschriften	452
cc) Zwischenergebnis	453

dd) Vereinbarkeit der Anwendung einer Vorschrift wie § 64 S. 1 GmbHG a.F. mit der Niederlassungsfreiheit	454
2. Vermeidung einer bereits vor der COMI-Verlegung entstandenen Haftung	457
III. Die Anreizsituation in Konzernsachverhalten	460
1. Mögliche Vorzüge eines konzernweit einheitlichen Verfahrensstaates	461
a) Verfahrenskonzentration vor einem Insolvenzgericht	462
b) Personenidentischer Insolvenzverwalter	463
c) Einheitliches Insolvenzstatut	464
2. Konzernregelungen der Neufassung als Alternative zu einer Zuständigkeitskonzentration	465
a) Kooperationspflichten der Gerichte	467
aa) Kommunikation und Informationsaustausch	467
bb) Koordination der Verwalterbestellung	469
b) Kooperationspflichten und Mitwirkungsrechte der Verwalter	470
aa) Kooperationspflichten der Verwalter	471
bb) Wechselseitige Mitwirkungsrechte der Verwalter	473
c) Gruppenkoordinationsverfahren	476
aa) Ablauf des Gruppenkoordinationsverfahrens	476
bb) Koordinationsverfahren als Alternative einer Zuständigkeitskonzentration	478
(1) <i>Opt out</i> -Recht	479
(2) <i>Comply or explain</i> -Modell	480
3. Ergebnis zur Anreizsituation in Konzernsachverhalten	481
B. Umsetzbarkeit von <i>forum shopping</i> -Bestrebungen juristischer Personen unter der Neufassung	483
I. Ausnutzung der Offenheit des COMI-Begriffs	483
II. Betrügerische <i>forum shopping</i> -Bestrebungen	485
III. Verlagerungen zur Verhinderung eines ordnungsgemäßen Verfahrens – Unternehmensbestattung	486

Inhaltsverzeichnis

IV. Tatsächliche Veränderung der schuldnerischen Umstände zur Verlagerung des COMI	490
1. Tatsächliche Voraussetzungen einer Hauptverwaltungsverlegung	491
a) Die Hauptverwaltung als ein von Regelmäßigkeit und Gewöhnlichkeit geprägtes Gebilde	492
b) Indizwirkung zurückgelassener Strukturen gegen die Annahme einer dauerhaften Verlagerung der <i>gewöhnlichen</i> Verwaltung	493
2. Rechtliche Rahmenbedingungen einer Hauptverwaltungsverlagerung	497
3. Erfordernis der Verlagerung zur Hauptverwaltung hinzutretender Umstände	498
C. Die Rolle von Sekundärinsolvenzverfahren im Rahmen von <i>forum shopping</i>-Bestrebungen unter der Neufassung	499
I. Grundlegende Funktionen von Sekundärinsolvenzverfahren	500
II. Niederlassungsbelegenheit als Grundvoraussetzungen einer Sekundärverfahrenseröffnung	501
1. Grundzüge des Niederlassungsbegriffs	501
2. Bestimmungszeitpunkt der Niederlassungsbelegenheit	503
a) Hauptanwendungsfälle der <i>look back</i> -Periode	504
b) Darüber hinausgehende Etablierung einer Mindestansässigkeitsfrist?	505
III. Bedeutungen von Sekundärinsolvenzverfahren im Rahmen von <i>forum shopping</i> durch die Beeinflussung der Hauptverfahrenszuständigkeit	508
1. Schutz durch Geltungserlangung der <i>lex fori secundarii</i>	508
a) Erhöhte Gewährleistung der Schutzfunktion durch Einführung der <i>look back</i> -Periode	508
b) Abhängigkeit der tatsächlichen Schutzwirkung vom Umfang der zurückgelassenen Vermögenswerte	510
2. „Schutz“ durch Störpotenzial eines Sekundärinsolvenzverfahrens	514
a) Aufhebung der Beschränkung auf Liquidationsverfahren	516
b) Möglichkeit der Aussetzung einer Sekundärinsolvenzeröffnung	517

c) Synthetische Sekundärinsolvenzverfahren	519
aa) Grundlegendes Verfahren der Zusicherung	520
bb) Schwächen der Kodifikation und ihre Virulenz in <i>forum shopping</i> Konstellationen	522
(1) Übermäßige Komplexität des Verfahrens	522
(2) Privilegierung „lokaler Gläubiger“	524
(3) Fortbestehendes Antragsrecht trotz Billigung der Zusicherung	525
d) Verbesserte Kooperations- und Koordinationsregelungen	526
IV. Zusammenfassung	528
D. Der Rechtsmissbrauchseinwand im Rahmen von <i>forum shopping</i> -Bestrebungen juristischer Personen	529
I. Abgrenzung von Simulationsfällen und der <i>ordre public</i> -Kontrolle	530
II. Sperrfristen als Spezialtatbestände	530
III. Diffiziles Interessengemenge bei Verlagerungen juristischer Personen	531
IV. Absenz einer eindeutigen Haltung des Verordnungsgebers und des Europäischen Gerichtshofs	533
1. Haltung des Verordnungsgebers	533
2. Haltung des Europäischen Gerichtshofs	535
a) Insolvenzrechtlicher Kontext	535
b) Gesellschaftsrechtlicher Kontext	537
V. Mögliche Kriterien einer Rechtsmissbrauchskontrolle	539
1. Grundlegender Ansatz <i>Eidenmüllers</i>	540
2. Weiterentwicklung durch <i>Weijns/Breeman</i>	541
VI. Ablehnung einer Rechtsmissbrauchskontrolle im Rahmen der Anwendung des Art. 3 EuInsVO	544
1. Ablehnung einer Rechtsmissbrauchskontrolle aufgrund der bewusst flexiblen Ausgestaltung des <i>COMI</i> -Kriteriums	544
2. Ablehnung aufgrund praktischer Undurchführbarkeit sowie ineffektiver Rechtsfolge	546
a) Praktische Undurchführbarkeit einer Rechtsmissbrauchskontrolle im Insolvenzeröffnungsstadium	548

Inhaltsverzeichnis

b) Ineffektivität der potentiellen Rechtsfolge einer „positiven“ Rechtsmissbrauchskontrolle	552
VII. Ergebnis zum Rechtsmissbrauchseinwand in Bezug auf juristische Personen	555
E. Weitere Schutzmechanismen gegenüber forum shopping-Bestrebungen von juristischen Personen	556
I. Die Verweigerung der Anerkennung unter Heranziehung des <i>ordre public</i> -Vorbehalts	556
II. Individueller Gläubigerschutz durch „ <i>COMI-covenants</i> “	556
1. Möglicher Regelungsinhalt von <i>COMI-covenants</i>	557
2. Grenzen der Schutzwirkung	558
a) Einbeziehung der eine <i>COMI</i> -Verlagerung effektuierenden Personen	558
b) Ermöglichung einer Perpetuierung der Eröffnungszuständigkeit	559
c) Begrenzter Kreis potentieller Verwender	560
III. Haftung der geschäftsleitenden Organe	561
1. Mögliche Bedeutung von Haftungsansprüchen gegenüber Geschäftsleitern im Rahmen von <i>forum shopping</i> -Konstellationen	561
2. Mögliche Haftungsgrundlagen	564
a) Innenhaftung der Geschäftsleiter aufgrund einer Verletzung ihrer organschaftlichen Sorgfalt- und Treuepflichten	564
b) Haftung aufgrund der Verletzung einer vorinsolvenzlichen Pflicht zur Wahrung der Gläubigerinteressen	568
aa) Der Ansatz <i>Mevorachs</i> auf Basis des <i>UNCITRAL Legislative Guide on Insolvency Law</i>	568
bb) <i>De lege lata</i> bestehende Geschäftsleiterpflichten im Insolvenzvorfeld	570
cc) Etablierung eines einheitlichen vorinsolvenzlichen Pflichtenkanons durch die Richtlinie über präventive Restrukturierungsrahmen?	571
dd) Aufnahme einer Regelung zur Geschäftsleiterhaftung in die EuInsVO	574
(1) Ausgestaltung als Außenhaftung	574

(2) Kriterien einer haftungsbegründenden Pflichtverletzung	575
(3) Beweislast in Bezug auf das Vorliegen einer haftungsbegründenden COMI-Verlagerung	576
(4) Berechnung des ersatzfähigen Schadens	577
(5) Geltendmachung	578
(6) Teilnehmerhaftung	579
(7) Regelungsvorschlag	579
Siebtes Kapitel: Zusammenfassender Überblick der wesentlichen Ergebnisse	581
A. Ergebnisse zur Bestimmung der internationalen Zuständigkeit	581
I. Bezuglich juristischer Personen	581
II. Bezuglich natürlicher Personen	582
III. Sowohl juristische als auch natürliche Personen betreffende Ergebnisse	583
B. Ergebnisse zum forum shopping von natürlichen Personen	584
I. Zur Anreizsituation	584
II. Zur grundsätzlichen Umsetzbarkeit	585
III. Zu etwaigen Schutzmechanismen	586
C. Ergebnisse zum forum shopping von juristischen Personen	587
I. Zur Anreizsituation	587
II. Zur grundsätzlichen Umsetzbarkeit	588
III. Zu etwaigen Schutzmechanismen	590
Literaturverzeichnis	593